

Lea Schneidemesser/Juri Kilroy

Der Streikmonitor

Erzieherinnen-Streik, Post-Streik, Charité-Streik, Lokführerstreik, Pilotenstreik, Flugbegleiterstreik: Selten kam es zu einer solch hohen Anzahl an öffentlichkeitswirksamen Arbeitskonflikten wie im Jahr 2015. Der Grund hierfür sind verschiedene Langzeittrends. Faktoren wie Privatisierungen (z.B. Deutsche Post, Charité), Deregulierungsmaßnahmen (Lufthansa, Deutsche Post) und die schrittweise Abschaffung des Beamtenstatus in einigen Unternehmen (u.a. Deutsche Bahn) tragen zu Streiks im Dienstleistungssektor bei (Streeck 2015). Auch artikulieren einzelne Beschäftigtengruppen (z.B. die Erzieherinnen) nunmehr größere Ansprüche an Bezahlung und Arbeitsbedingungen und treffen dabei auf finanzschwache Kommunen, die unter der Last der Schuldenbremse kaum zu finanziellen Zugeständnissen bereit sind.¹ Zusammen mit der eher kurzen Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, in der die IG Metall mit 3,4 Prozent Lohnzuwachs ein vergleichsweise gutes Ergebnis erreichen konnte, führten die Streiks im Dienstleistungsbereich mit ungefähr 2 Millionen Streiktagen und 1,1 Millionen an Streiks beteiligten Beschäftigten zu einem „außergewöhnlichen Streikjahr“ (WSI 2016).

Das Jahr 2015 steht jedoch auch für einen größeren Formwandel des Arbeitskonflikts. Zum einen lässt sich eine Tertiärisierung und Feminisierung des Streiks beobachten (vgl. Dribbusch 2010: 164; kritische Diskussion zur Feminisierung: Artus/Pflüger 2015). Oftmals sind hiervon Bereiche betroffen, die bisher als streikarm galten und nah am Lebensalltag der Bevölkerung (personenbezogene Dienstleistungen, Verkehrswesen und Transportsektor, etc.) sind. Gleichzeitig zersplittet das deutsche Tarifsystem und führt zur Dezentralisierung von Streiks. Der Deckungsgrad der Tarifverträge für die Beschäftigten ist in Westdeutschland im Jahr 2014 auf 43 Prozent und in Ostdeutschland auf nur noch 25 Prozent aller Beschäftigten zurückgegangen. Heute sind Unternehmer oft nicht bereit, in Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften zu treten (zu Amazon: Boewe/Schulten 2015; zu Ostdeutschland: Goes et al. 2015). Außerdem sind mit den Spartengewerkschaften (z.B. die Vereinigung Cockpit, GDL und UFO) außerhalb des DGB neue Akteure entstanden, die relativ konsequent zum Mittel von Streiks greifen, um ihre Ziele durchzusetzen. Eine Folge ist, dass sich die Anzahl der oftmals hart ausgefochtenen „Häuserkämpfe“ in einzelnen Konzernen oder Standorten, insbesondere im Organisationsbereich von Ver.di, vervielfacht hat. Gab es nach Angaben des WSI im Jahr 2007 noch 82 Tarifkonflikte, war diese Zahl bis zum Jahr 2014 bereits auf 214 angestiegen.

Die Veränderung des Arbeitskonflikts in Deutschland bedarf also einer genaueren Beobachtung. Hier setzt der *Streikmonitor* an. Seit dem 1. Januar 2016 werden al-

¹ Für detaillierte Analysen zu ausgewählten Streiks im Jahr 2015 siehe den Schwerpunkt zu Streiks 2015 in Z 103 (Sept. 2015).

le Streikaktivitäten in der Bundesrepublik in einer Datenbank gesammelt. Das schafft die Möglichkeit, den Wandel von Konfliktformen und -themen zu verfolgen. Es ist ein langfristig angelegtes Projekt, durch das eine dauerhafte Begleitung von Streikaktivitäten in der Bundesrepublik gewährleistet werden soll.²

Im Folgenden wird das Vorhaben vorgestellt. Dafür werden zunächst die gängigen Verfahren zur Streikmessung in Deutschland (Gewerkschaften, WSI-Tarifarchiv, offizielle Streikstatistik) beschrieben. Danach wird herausgearbeitet, welche zusätzlichen Erkenntnisse durch den Streikmonitor gewonnen werden können. Hierfür werden die Vorüberlegungen und die Erhebungsmethodik vorgestellt, die dem Ansatz zugrunde liegen. Abschließend wird ein Ausblick auf die künftigen Aktivitäten des Streikmonitors gegeben.

Streikstatistiken in Deutschland

Die genaue und erschöpfende Erhebung von Streikdaten ist eine schwierige Angelegenheit. Dies wird bei einer Sichtung der Literatur zum Thema rasch deutlich, kritisieren doch die meisten Autoren die Erhebungsmethoden der offiziellen Streikstatistiken und weisen auf die Unmöglichkeit hin, die verschiedenen Daten international zu vergleichen (vgl. Shalev 1978; Lydden 2007: 24ff.; Vandaele 2014: 351). Versuche einer weltweiten Erfassung von Arbeitskämpfen wiederum stellen zwar internationale Vergleichbarkeit her, erheben aber nicht den Anspruch, alle Streiks erschöpfend zu dokumentieren, sondern lediglich allgemeine Protestdynamiken darzustellen (vgl. Silver 1995: 27f.; Silver 2005).

Die wohl größte Barriere für eine präzise Erfassung von Streikaktivitäten in den offiziellen Statistiken liegt in den Aufnahmekriterien für die Dauer und die Beteiligungszahl, die in jedem Land stark divergieren. Am restriktivsten sind die Aufnahmekriterien in den USA. Hier werden seit 1981 nur Streiks dokumentiert, an denen mindestens 1.000 Arbeitnehmer_innen teilgenommen haben. Am offensten sind die Kriterien in Ländern wie die Niederlande, Südafrika und Belgien, die keine Beschränkungen für die Aufnahme von Streiks in die offizielle Statistik haben. Die Schwellenwerte anderer Länder bewegen sich zwischen diesen Polen. So müssen in Indien mindestens 10 Beschäftigte an einem Streik teilnehmen, damit eine Aktion in die amtliche Statistik aufgenommen wird. In Neuseeland müssen mindestens fünf Arbeitstage durch einen Streik verloren gehen. In Kanada wiederum ist die Beteiligung von mindestens 500 Arbeiter_innen notwendig. Und in Großbritannien werden Streiks aus der offiziellen Statistik ausgeschlossen, wenn die ausgefallenen Arbeitstage insgesamt 100 oder weniger Tage betragen und der Streik zusätzlich kürzer ist als einen Tag oder hieran weniger als 10 Arbeiter_innen beteiligt sind. Dieser Formel folgt auch Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges (vgl. Lydden 2007: 26f.; Pickshaus 1985: 329).

² Das Projekt „Streikmonitor: Standardisierte Erhebung zur langfristigen Erfassung von Streikaktivitäten in Deutschland“ wird von der Heinz Jung-Stiftung (Frankfurt am Main) gefördert und von Stefan Schmalz geleitet. Wir danken André Leisewitz und Klaus Pickshaus für wertvolle Hinweise bei der Entwicklung des Verfahrens.

Neben einer systematischen Unterbewertung von Streikaktivitäten in einigen Ländern machen die unterschiedlichen Schwellenwerte auch einen internationalen Vergleich beinahe unmöglich (vgl. ebd.: 35). Dazu tragen uneinheitliche Streikdefinitionen, der Ausschluss bestimmter Streikformen oder Sektoren aus den Statistiken sowie abweichende Verfahren zur Ermittlung von Streikvolumina und Streikbeteiligung bei. So werden in Argentinien, Südkorea, Großbritannien und Deutschland politische Streiks nicht in die offizielle Streikstatistik aufgenommen. Belgien wiederum schließt zwar politische Streiks ein, nimmt aber Streiks im öffentlichen Sektor nicht auf, während die Türkei gleich beide Fälle aus seiner Streikstatistik ausschließt (vgl. ebd.: 33).³ Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass die ILO in den vergangenen 90 Jahren immer wieder Versuche unternommen hat, die Methoden zur Erhebung von Streikdaten zu vereinheitlichen. Bisher blieb sie jedoch erfolglos.

Die amtliche Streikstatistik

Die vielfach kritisierte amtliche Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist hierbei kein Sonderfall, sondern fügt sich in ein vielfältiges Geflecht von Standards, Berechnungsmethoden und Definitionen ein. In der amtlichen Streikstatistik werden seit dem 1. Januar 1899⁴ Arbeitskonflikte dokumentiert (Weber 2010: 24). Aufbereitet werden die Daten in komprimierter Form. Sie geben Auskunft über die Anzahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage, über die Zahl betroffener Betriebe und die beteiligten Arbeitnehmer_innen. Ferner gibt es eine Aufgliederung nach Bundesländern und Wirtschaftszweigen (vgl. BA 2015). Detailliertere Informationen sind öffentlich nicht zugänglich. Zudem geht durch methodische Beschränkungen nur ein Anteil der geführten Streiks in die Statistik ein. Wie bereits erwähnt, werden nur Konflikte aufgenommen, an denen entweder mindestens 10 Arbeitnehmer_innen je Betrieb beteiligt sind und der einen Arbeitstag oder länger andauert oder durch den ein Ausfall von mehr als 100 Arbeitstagen entsteht. Durch diesen Schwellenwert gehen insbesondere Warnstreiks unzureichend in die Statistik der Bundesagentur für Arbeit ein. Sie sind seit den 1980er Jahren eine verbreitete Streikform, dauern aber oft nur wenige Stunden (vgl. Dribbusch 2006: 384; 2010: 153). Damit etwa ein Warnstreik mit einer Dauer von einer Stunde in die amtliche Statistik aufgenommen wird, müssen sich mindestens 801 Beschäftigte aus einem Betrieb beteiligen. Für viele kleinteilige oder schwach organisierte Branchen wie den Einzelhandel oder das Gastgewerbe sind dies bei Häuserkämpfen kaum zu erreichende Dimensionen. Die systematische Nicht-Beachtung des Warnstreiks seit den 1980er Jahren ist in der Geschichte

³ Erschwerend kommt hinzu, dass verschiedene europäische Länder wie Griechenland, Italien und Belgien die statistische Dokumentation von Streiks in den letzten Jahren eingestellt oder vernachlässigt haben (vgl. Vandaele 2014: 346).

⁴ Hierbei gibt es jedoch Lücken für die Zeit des Nationalsozialismus und für die zwei Weltkriege (vgl. Silver 2005: 234). Seit Juni 1992 werden Streikdaten inhaltsgleich auch für die neuen Bundesländer erfasst (vgl. Statistisches Bundesamt 2005:10).

der deutschen Streikstatistik kein Einzelfall. Vergleichbare Probleme hat es immer wieder gegeben: So wurde der politische Streik als wichtigste Protestform nach dem Ersten Weltkrieg genau so wenig von der amtlichen Streikstatistik erfasst wie die spontanen Streiks, die zwar nicht von den Gewerkschaften getragen wurden, aber die wichtigste Streikform nach dem Zweiten Weltkrieg darstellten (vgl. Casparis/Arrighi 1995:150).

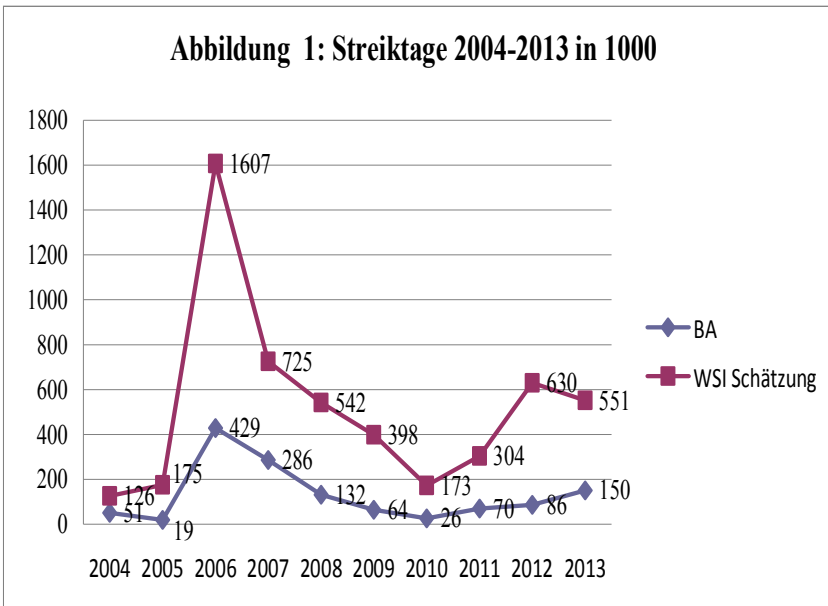
Eine weitere Verzerrung der amtlichen Streikstatistik ergibt sich daraus, dass sie auf den Meldungen der Arbeitgeber beruht. Auch wenn nach § 320 Abs. 5 SGB III eine Streikanzeigepflicht besteht (vgl. BA 2015), bleiben die Meldungen der Arbeitgeber jedoch oftmals lückenhaft (vgl. Dribbusch 2010: 148; WSI 2016: 3). Ein aktuelles Beispiel für die Nicht-Anzeige von Streiks ist die Deutsche Post AG. Gegen sie hat die Bundesagentur für Arbeit ein Bußgeld von 36.000 Euro verhängt. Der Grund hierfür ist der Verstoß gegen die Streikanzeigepflicht in 180 Fällen während des Tarifkonflikts im Sommer 2015 (vgl. Linksfraktion.de 2015). Die Folge dieser Verzerrungen sind nachweisliche Ungenauigkeiten, derer sich die Bundesagentur für Arbeit durchaus bewusst ist (vgl. BA 2015; WSI 2016: 3). Folglich ist die amtliche Streikstatistik keine belastbare Datengrundlage zum Streikgeschehen in Deutschland und kann lediglich als Orientierungsgröße betrachtet werden.

Arbeitskampfbilanz des WSI

Das WSI-Tarifarchiv stellt in einer Datenbank Zahlen zu Streiks und Arbeitskämpfen seit 1950 zur Verfügung. Eine wichtige Quelle für diese Daten sind Angaben der DGB-Gewerkschaften zu Streiks. Die Einzelgewerkschaften des DGB verfügen allerdings nur über die Streikdaten im eigenen Organisationsbereich. Es werden meist nur Streiks dokumentiert, bei denen Streikgeld gezahlt wurde. Warnstreiks werden von vielen Gewerkschaften nicht erfasst, vor allem wenn sie lokal begrenzt stattfinden. Auch Streiks, die wie z.B. betriebliche Proteststreiks sich außerhalb von Tarifrunden ereignen, werden häufig nicht registriert (vgl. WSI 2016: 3). Die vorhandenen Daten werden zudem nicht zentral beim DGB, ja, teilweise sogar nicht einmal bei wichtigen Einzelgewerkschaften wie der IG Metall gesammelt. Auch findet eine systematische Aufbereitung der Daten von Seiten der Gewerkschaften nicht statt (vgl. Kalbitz 1972: 495). Ein Grund hierfür ist, dass eine solche Auswertung zu viele Informationen über die Aktivitäten an einzelnen Standorten, das gezahlte Streikgeld und somit auch die Aktionsfähigkeit und das Budget der Gewerkschaften preisgeben würde. Viele Informationen liegen demnach nur kleinteilig in Form von Pressemitteilungen über einzelne Streikaktionen vor. Die deutschen Gewerkschaften übernehmen demnach nicht die Aufgabe, Arbeitskämpfe bundesweit zu dokumentieren – nicht zuletzt auch, da nicht-gewerkschaftliche Streiks und wilde Streiks in den jeweiligen Organisationsbereichen ebenfalls außen vor bleiben (vgl. Dribbusch 2010: 153).

Um diese Schwäche zu beseitigen, wertet das WSI zusätzliche Pressemitteilungen aus und führt eigene Recherchen durch. In die Berechnungen der streikbedingten Ausfalltage gehen – im Gegensatz zu der amtlichen Streiksta-

tistik und den Erfassungen der Gewerkschaften – auch Warnstreiks ein, bei denen kein Streikgeld gezahlt wurde. Die Dauer der Warnstreiks wird auf Basis einer durchschnittlichen Streikdauer geschätzt (vgl. ebd. 149). Neben den streikbedingten Ausfalltagen liefert die WSI-Arbeitskampfbilanz weitere Daten über das jährliche Streikaufkommen und dessen Verteilung. Das WSI berechnet unter anderem die Anzahl der an Streiks beteiligten Beschäftigten, sowie die Verteilung beider Größen auf den Dienstleistungs- und den Industriesektor (vgl. WSI 2016). Die Streikvolumina und die Beteiligtenzahlen, die vom WSI errechnet werden, sind aufgrund dieser Methode weitaus höher und realistischer als die Zählungen der amtlichen Streikstatistik. Dies wird durch einen Vergleich der Streikdaten der Bundesagentur für Arbeit und des WSI deutlich (Abb. 1)⁵. Die Daten der Bundesagentur für Arbeit bewegen sich lediglich bei einem Wert von rund einem Viertel der Zahlen des WSI.



Zusammengefasst: Durch einen genaueren Blick auf die bisherige Streikzählung zeigt sich also, dass die amtliche Streikstatistik durch ihre systematische Unterbewertung des Streikvolumens keine repräsentative Datenbasis darstellt. Das WSI-Tarifarchiv hingegen schafft eine belastbare Datengrundlage, insbe-

⁵ Quelle: WSI-Tarifarchiv 2015; die Zahlen für BA 2013 sind direkt der BA-Streikstatistik 2014 entnommen (vgl. BA 2015).

sondere mit Bezug auf das Streikvolumen und die Streikbeteiligung. Allerdings werden darüber hinaus keine detaillierteren Informationen bereitgestellt, da der Großteil der Daten in aggregierter Form von den Gewerkschaften übermittelt wird. Eine genauere Analyse, z.B. in Bezug auf die regionale Verteilung von Streikaktivitäten oder differenziert nach Streikthemen, ist auf der Grundlage der WSI-Daten leider nicht möglich.

Der Streikmonitor: Methodik und Prämissen

Der Streikmonitor setzt an diesen Lücken an. Er sollte als Ergänzung zu den Streikdaten des WSI begriffen werden. Ziel ist eine detaillierte empirische Erfassung aller Streikaktionen innerhalb eines Kalenderjahres, durch die der Wandel von Arbeitskämpfen besser herausgearbeitet werden kann. Hierdurch sollen vor allem kleinere Konflikte abgebildet und aktuelle Trends quantifizierbar gemacht werden. Eine solche Untersuchung erscheint uns gerade vor dem Hintergrund einer abnehmenden Tarifbindung und einer Zunahme von Häuserkämpfen als immer wichtiger (Ellguth/Kohaut 2015; Dribbusch/Birke 2012: 14; Goes et al. 2015). Projekte mit ähnlichem Erkenntnisinteresse haben gezeigt, dass die Datenerfassung aus Presseberichten eine bewährte Methode ist, um die Entwicklung von sozialen Konflikten zu dokumentieren und zu analysieren (Neidhardt/Rucht 2001; Silver 2005; Kelly et al. 2013; Schmalz et al. 2015). Die Erhebungsmethoden aus und die Erfahrungen mit einigen dieser Datenbanken waren hilfreiche Quellen für die Entwicklung des Erhebungskonzepts des Streikmonitors; zu nennen sind hier vor allem die Datensätze prodat, JenaConDa und die Datenbank der WLG (World Labor Research Working Group).

Eine wichtige Quelle war das Verfahren von prodat (Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik). Dieses Verfahren wurde von Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht entwickelt, um Protestereignisse in der BRD seit 1950 ($n = 13.208$) zu dokumentieren (vgl. Neidhardt/Rucht 2001).⁶ Die Erhebung wird jedoch auch von den Autoren nur als eine Stichprobe angesehen, da eine Vollerhebung aus Ressourcengründen nicht möglich war (vgl. ebd. 34). Lediglich 43 Prozent aller Ereignistage gingen in die Datenerhebung ein, indem alle Montagsausgaben der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau*, sowie zusätzlich die anderen Ausgaben (Dienstag-Samstag) jeder vierten Woche für die Datenerhebung genutzt wurden (vgl. ebd.: 31). Die wohl aktuell bekannteste und einschlägigste internationale Datenbank für Arbeitskämpfe ist die Datenbank der World Labor Research Working Group (WLG) am Fernand Braudel Center. Sie basiert auf Meldungen aus Tageszeitungen (*Times*, London, und *New York Times*) und stellt die zentrale empirische Quelle für Beverly Silvers Analyse weltweiter Arbeiterunruhen ($n = 91.947$) in 168 Ländern zwischen 1870 und 1996 dar (vgl. Silver 2005: 44ff.). Neben diesem Verfahren gingen auch Erfahrungen

⁶ Derzeit liegt ein analysefähiger Datensatz für die Zeit von 1950 bis 2002 vor (WZB 2016). Er umfasst auch die Proteste in der DDR bzw. seit 1989 die Proteste in den neuen Bundesländern. Die angegebene Fallanzahl ($n=13.208$) bezieht sich allerdings nur auf den Zeitraum 1950 bis 1994.

aus dem Aufbau des JenaConDa (Jena Conflict Dataset) in die Entwicklung des Streikmonitor-Erhebungskonzepts ein. In dieser Datenbank sind 5.521 soziale Protestaktionen im Zeitraum von 2004 bis 2012 in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und der EU-27 erfasst. Die Daten wurden aus jeweils einer Tageszeitung (*Süddeutsche Zeitung*, *Libération*, *The Guardian* und *New York Times*) erhoben (vgl. Schmalz et al. 2015: 52ff.).

Um die Erhebungsmethode transparent zu machen, wollen wir im Folgenden auf vier Punkte eingehen: (a) Zunächst wird der *Streikbegriff* erläutert, der der Erhebung zugrunde liegt, damit deutlich wird, welche Arbeitskämpfe dokumentiert werden. (b) Im Anschluss wird die *Untersuchungseinheit* der Erhebung erläutert, (c) um dann das *Erhebungsinstrument* vorzustellen und abschließend die *Kategorien* zu beschreiben (d), die für jeden Fall erhoben werden.

Der Streikbegriff

Dem Projekt liegt ein weiter Streikbegriff zu Grunde. Es soll auf diese Weise eine stark verzerrte Erfassung von Arbeitskämpfen – wie in der amtlichen Streikstatistik – vermieden werden. Zudem soll die Datenbank des Streikmonitors nicht nur den Wandel von Streikthemen, die regionale Verteilung von Protesten und die Streikvolumina festhalten, sondern auch die Protestformen und -strategien von Gewerkschaften und Streikenden abbilden. Diese umfassen neben Warnstreiks auch wilde Streiks, Betriebsbesetzungen oder verdeckte Formen von Protest. Um die Vielzahl von Protestformen in unsere Erhebung einbeziehen zu können, orientieren wir uns an Beverly Silvers Überlegungen zum Begriff der Arbeiterunruhe, der sich „aus allen (beobachtbaren) menschlichen Widerstandshandlungen und Reaktionen in der Produktion wie auf dem Arbeitsmarkt zusammen(setzt), die sich gegen die Behandlung als Ware richten.“ (Silver 2005: 232f). Sämtliche Ereignisse von Arbeiterunruhe sollten demnach in die Datenbank aufgenommen werden. Am Streikbegriff halten wir dennoch fest, da wir im Gegensatz zu Beverly Silver nicht globale Arbeitskonflikte betrachten wollen, sondern es im Fall der Bundesrepublik mit einer relativ homogenen Region mit überwiegend institutionalisierten Formen von Arbeitskonflikten zu tun haben. Streiks haben in Deutschland eine lange Geschichte und können als legale Form des Arbeitskamps genutzt werden, auch lassen sich – trotz der Zersplitterung der Tariflandschaft – in vielen Branchen weiterhin eingespielte Streikroutinen beobachten.⁷

Dennoch ist es sinnvoll, der Datenerhebung einen Streikbegriff zugrunde zu legen, der nicht-normierte Arbeitskonflikte und auch Protestaktionen wie die aktive Mittagspause umfasst, die zu keinen direkten Arbeitsausfällen führen. Als normiert gilt dabei ein Konflikt, dessen Ablauf sozial anerkannt, durch

⁷ Die Illegalität von Streiks und Streiks als bloße Routine sind zwei Vorbehalte, die Silver gegen die ausschließliche Untersuchung von Streiks äußert (vgl. Silver 2005: 234). Aufgrund der oben genannten Argumente und da beide Problemsituationen im deutschen Kontext nicht zutreffen, wird am Streik als Untersuchungsgegenstand festgehalten.

verlässliche Routinen geregelt und im Rahmen allgemein akzeptierter Normen ausgetragen und auf Dauer gestellt ist. Nicht normiert sind wiederum Konflikte, die „außerhalb gesetzlich geregelter Verfahren ausgetragen werden und sich durch kollektive Gesetzes- und/oder Regelverstöße (z.B. Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gewalt gegen Personen, Sachbeschädigung/Vandalismus oder ziviler Ungehorsam) auszeichnen.“ (Schmalz et al. 2015: 53; vgl. auch: Fuchs-Heinritz et al. 2011: 362). Die Relevanz einer solchen Ausrichtung legen die Ergebnisse von JenaConDa nahe, bei dem für Westeuropa eine Zunahme nicht-normierter Sozialkonflikte nach der Wirtschaftskrise 2008/09 festgestellt wurde (vgl. Schmalz et al. 2015: 63). In Deutschland kam es in den vergangenen Jahren bisher nur in Einzelfällen zu illegalen Konflikten (z.B. der wilde Streik beim Automobilzulieferer Karmann Osnabrück 2009, Hungerstreik der Gefangenengewerkschaft 2015, etc.), aber die Schwächung des dualen Systems industrieller Beziehungen trägt bereits jetzt dazu bei, dass heute Auseinandersetzungen wie der Amazon-Streik entstehen, die nicht mehr im klassischen institutionellen Rahmen verlaufen.

Arbeitskonflikte werden als nicht normiert operationalisiert, wenn die Aktionsform „Besetzung“ vorliegt oder wenn es einen Hinweis auf kollektive Gesetzes- und Regelverstöße gibt. Dies sind hauptsächlich Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gewalt gegen Personen, Sachbeschädigung/Vandalismus, Freiheitsberaubung und ziviler Ungehorsam. Um nicht normierte Protestaktionen bereits bei der Selektion von Nachrichten-Mitteilungen zu berücksichtigen, wird nach Schlagworten wie wilder Streik, Proteststreik sowie Solidaritätsstreik gesucht. Auch verdeckte Formen von Widerstand, wie Beverly Silver sie beschreibt (vgl. Silver 2005: 230), werden in die Datenbank aufgenommen. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass über diese medial berichtet wird.

Die Untersuchungseinheit

Auch 2015 fand der Großteil der vom WSI-Tarifarchiv registrierten Streiks im Zusammenhang mit Haus- und Firmentarifverträgen statt (vgl. WSI 2016:2). Um diese Zersplitterung von Konflikten um Arbeit dokumentieren zu können, ist die Untersuchungseinheit des Streikmonitors die einzelne Protestaktion. Jeder Streik und jede Aktion wird als individueller Fall in die Datenbank aufgenommen. Die einzelnen Fälle bleiben jedoch nicht isoliert voneinander, sondern können durch eine Konfliktnummer miteinander verknüpft werden. Auf diese Weise entsteht ein detailliertes Bild über die Protestaktionen. Außerdem besteht die Option, konkrete Konflikte und deren Abläufe separat zu analysieren. So ermöglicht das Verfahren, bereits lange andauernde Konflikte wie den Streit um einen Tarifvertrag bei Amazon, der seit Frühjahr 2013 läuft, im Detail auszuwerten. Es können Aussagen darüber getroffen werden, an welchen Amazon-Standorten im Verlauf des Konflikts wie häufig gestreikt wurde und wo die Beteiligung besonders hoch war. Gleichzeitig können Aussagen über die Gesamtanzahl an Protestaktionen getroffen werden, ein Kennwert, der von der Bundesagentur für Arbeit nicht erhoben wird (vgl. Dribbusch 2010:148). Der Streikmonitor ermöglicht also Analysen auf zwei Ebenen: auf der Ebene der einzelnen

Aktionen, so wie auf der Ebene der Konflikte, denen sich die Aktionen zuordnen lassen. Darüber hinaus wird mit dem Verfahren vermieden, dass zwei in Dauer und Beteiligungszahl sehr unterschiedliche Konflikte, z.B. der Streik im Sozial- und Erziehungsbereich 2015 und der Warnstreik mit 24 Beteiligten in einer Reha-Klinik, als gleichwertige Konflikte in die Analyse eingehen.

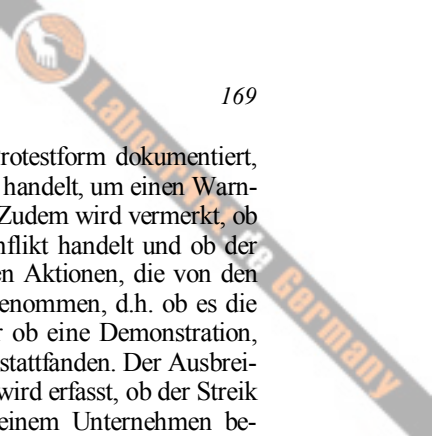
Erhebungsinstrument und Erhebungsverfahren

Unser Erhebungsverfahren schließt an die klassischen Methoden der Protestereignisanalyse an. Hierfür werden Tageszeitungen nach Schlagwörtern ausgewertet und für den Aufbau einer Datenbasis verwendet (Tarrow 1989; Neidhardt/Rucht 2001; Silver 2005: 235f.). Der Streikmonitor versucht dabei mit *Google News*, die neuen Möglichkeiten der digitalen Nachrichtensuche sowie arbeitssparende automatische Selektionsmöglichkeiten zu nutzen. *Google News* ist ein geeignetes Instrument, da sich die Suche nach kleinen, lokal begrenzten Streiks mit überschaubarem Aufwand realisieren lässt. Meldungen über Arbeitskonflikte werden durch den Nachrichten-Suchdienst *Google News* aus der Gesamtmasse an Nachrichtenmeldungen herausgefiltert. Dies geschieht durch die Eingabe relevanter Stichworte wie Streik, Arbeitskampf oder Warnstreik in die Suchmaske.

Durch die automatische Selektion können Meldungen aus 700 deutschsprachigen Nachrichtenquellen bei der Erhebung berücksichtigt werden (vgl. *Google News* 2016). Auf diese Weise gehen nicht nur Meldungen der großen deutschen überregionalen Wochen- und Tageszeitungen, darunter *Die Zeit*, die *Süddeutsche* und die *FAZ*, in die Erhebung ein, sondern auch Onlineausgaben regionaler Tageszeitungen und andere Onlineportale, die Lokalnachrichten veröffentlichen, etwa die *Ostthüringer Zeitung*, das *Hamburger Abendblatt* und der *Wiesbadener Kurier*. Die Nutzung lokaler Nachrichtenquellen korrigiert die Verzerrung bisheriger Streikzählungen, die durch unzureichende Dokumentation von Warnstreiks und Streiks mit wenigen Beteiligten in schlecht organisierten Branchen entstanden ist. Diese finden oft keine Beachtung in überregionalen Zeitungen, vor allem wenn es sich um kleine Aktionen handelt. Auch nicht-gewerkschaftliche Streiks finden oft nur Erwähnung in den lokalen Zeitungen (vgl. Dribbusch 2010: 153). Die systematische Suche über *Google News* erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass auch diese Streikformen dokumentiert werden. Um die Richtigkeit der Angaben zu Protestaktionen zu überprüfen, werden je Aktion zwei Meldungen für die Datenerhebung verwendet. Sollten die Meldungen voneinander abweichende Informationen liefern, werden weitere Meldungen für die Verifizierung der Angaben herangezogen.

Die Kategorien

Die Datenbank des Streikmonitors soll dazu beitragen, differenzierte und quantifizierbare Aussagen über Streikaktivitäten und deren Wandel zu treffen. Um diesen Wandel nachzeichnen zu können, werden Konfliktführung und -linien jedes Protests anhand von 21 Merkmalen möglichst detailliert erfasst. Um das Thema Kon-



fliktführung zu bearbeiten, werden Informationen zur Protestform dokumentiert, d.h. ob es sich um eine Protestaktion ohne Arbeitsausfall handelt, um einen Warnstreik, einen Tagesstreik oder einen unbefristeten Streik. Zudem wird vermerkt, ob es sich um einen normierten oder nicht normierten Konflikt handelt und ob der Streik gewerkschaftlich organisiert wurde. Die konkreten Aktionen, die von den Beteiligten durchgeführt wurden, werden ebenfalls aufgenommen, d.h. ob es die klassische Form von Protest vor dem Werkstor ist oder ob eine Demonstration, Besetzung oder andere (kreative) Form des Widerstands stattfanden. Der Ausbreitungsgrad des Streiks wird auch dokumentiert. Darunter wird erfasst, ob der Streik auf eine bestimmte Berufsgruppe oder Abteilung in einem Unternehmen beschränkt bleibt, ob der gesamte Betrieb bestreikt wird und ob Beschäftigte aus mehreren Filialen oder mehrere Unternehmen an der Aktion beteiligt sind. Für eine genauere Analyse der Konfliktlinien werden Informationen zu Akteuren und Adressaten des Protests und die Forderungen und Streikthemen erfasst, die dem Konflikt zugrunde liegen.

Ausblick: Nächste Schritte und erste Ergebnisse

Der Streikmonitor ist ein Versuch, durch eine detaillierte quantitative Analyse einen Beitrag zur Streikforschung in Deutschland zu leisten. Dabei erhebt das Verfahren keinen Anspruch auf eine erschöpfende Dokumentation von Arbeitskämpfen, sondern will lediglich Grundlinien eines Wandels von Arbeitskonflikten abdecken. Die Aussagen basieren zudem auf quantitativen Daten. Es wird weitergehender qualitativer Untersuchungen von einzelnen Streiks bedürfen, um ein genaueres Bild dieser Umbrüche, ihrer Ursachen und der subjektiven Haltung der Streikenden zu bekommen.

Die erste Erhebungsrunde des Streikmonitors läuft seit dem 1. Januar 2016. Bereits jetzt lassen sich einzelne Befunde herausarbeiten, die von Interesse sind. So wurden bisher vor allem kleinere Streiks aufgenommen, die in anderen Verfahren unsichtbar geblieben wären. Dabei stammen die Meldungen zu 18 der 20 im Januar 2016 dokumentierten Streiks aus Onlineausgaben regionaler Zeitungen oder anderen regionalen Nachrichtenportalen. Bei den Auseinandersetzungen sind auch eher ungewöhnliche Fälle wie ein Streik von Profipokerspielern gegen die Veränderungen der Nutzungsbedingungen der Onlineplattform PokerStars oder ein Protest von Dozenten der VHS Wiesbaden zu finden, die in der breiteren Öffentlichkeit kaum diskutiert wurden.

Die Ergebnisse der Erhebung werden zukünftig regelmäßig in dieser Zeitschrift vorgestellt, kontextualisiert und durch die Streikdaten anderer Institutionen, vor allem denen des WSI und der Einzelgewerkschaften, ergänzt. Zudem soll jeweils auf ausgewählte Konflikte eingegangen werden. Ein Überblick über das erste Halbjahr 2016 ist für die vierte Ausgabe dieser Zeitschrift (Dezember 2016) geplant. In der zweiten Ausgabe 2017 soll das Streikjahr 2016 resümiert werden. Ziel ist es, eine dauerhafte Beobachtung von Streiks zu gewährleisten.

Literatur

- Artus, Ingrid/Pflüger, Jessica (2015): Feminisierung von Arbeitskonflikten. Überlegungen zur gendersensiblen Analyse von Streiks, in: Arbeits- und Industrie-soziologische Studien, Jg. 8, H. 2, S. 92-108.
- BA – Bundesagentur für Arbeit (2015): Arbeitsmarkt in Zahlen, Streikstatistik, Nürnberg. http://statistik.arbeitsagentur.de/mn_10256/SiteGlobals/Forms/Direksuche/direksuche_Form_Rubrik.html?view=processForm&resourceId=17656&input=&pageLocale=de&step=2&category=streik&topic=streik&topic.GROUP=1&search=Suchen
- Boewe, Jörn/Schulten, Johannes (2015): Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Rosa-Luxemburg-Stiftung Analysen, Nr. 24, Berlin.
- Casparis, John/Arrighi, Giovanni (1995): Labor Unrest in Germany, 1906-90, in: Review (Fernand Braudel Center), Jg. 18, H. 1, Labor Unrest in the World-Economy, 1870–1990, S. 137-151.
- Dribbusch, Heiner/Birke, Peter (2012): Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Organisation, Rahmenbedingungen, Herausforderungen, Studie der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Dribbusch, Heiner (2010): 60 Jahre Arbeitskampf in der Bundesrepublik. Ein Überblick, in: Bispinck, Reinhard/Schulten, Thorsten (Hg.): Zukunft der Tarifautonomie 60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Bilanz und Ausblick, Hamburg, S. 145-168.
- Dribbusch, Heiner (2006): Arbeitskampf im Wandel – Zur Streikentwicklung seit 1990, in: WSI Mitteilungen, 7/2006, S. 382-388.
- Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2015): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014. in: WSI-Mitteilungen, 4/2015, S. 290–297.
- Fuchs-Heinritz, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hanns (2011): Lexikon zur Soziologie. 3., völlig neu bearbeitete u. erweiterte Auflage. Opladen.
- Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel/Dörre, Klaus (2015): Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland, OBS-Arbeitsheft 83, Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a.M.
- Google News (2016): Alles über Google News, http://news.google.at/intl/de_ALL/about_google_news.html
- Kalbitz, Rainer (1972): Die Streikstatistik in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 23, H. 8, S. 495-505.
- Kelly, John/ Hamann, Kerstin/ Johnston, Alison (2013): Unions against governments: general strikes in Western Europe 1980-2006, in: Comparative Political Studies, Jg. 46, H. 3, S. 1030-1057.
- Lyddon, Dave (2007): Strike statistics and the problems of international comparison, in: Van der Velden, Sjaak/Dribbusch, Heiner/Lyddon, Dave/Vandaele, Kurt (Hg.): Strikes around the world 1968-2005: case-studies of 15 countries, Amsterdam, S. 24-39.
- Linksfraktion.de (23.11.2015): Deutsche Post verstieß in über 180 Fällen gegen die Streikanzeigepflicht – LINKE kritisiert zu geringe Strafen. <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/deutsche-post-verstieess-180-faellen-gegen-streikanzeigepflicht-linke-kritisiert-geringe-straafen/>

- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (2001): Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ergebnisse, Themen, Akteure, in: Rucht, Dieter (Hg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a.M., S. 27-70.
- Pickshaus, Klaus (1985): Streikentwicklung unter Krisenbedingungen 1975 bis 1984, in: Deppe, Frank/ Balder, Manfred/ Stamm, Sybille/ Adams, Shelley (Hrsg.): Streik. Widerstand gegen Kapital und Kabinett, Frankfurt Main, S. 324-331.
- Schmalz, Stefan/Liebig, Steffen/Thiel, Marcel (2015): Zur Zersplitterung des sozialen Konflikts in Westeuropa: Eine Typologie nicht normierter Kämpfe um Arbeit, in: Arbeits- und Industriesoziologische Studien, Jg. 8, H. 2, S. 49-66.
- Shaley, Michael (1978): Lies, Damned Lies and Strike Statistics. The Measurement of Trends in Industrial Conflicts, in: Crouch Collin/Alessandro Pizzorno (Hg.): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968, Vol. 1, London, S. 1-19.
- Silver, Beverly J.(2005): Forces of Labor: Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin.
- Silver, Beverly J. (1995): Labor Unrest and World-Systems Analysis: Premises, Concepts, and Measurement, in: Review (Fernand Braudel Center), Jg. 18, H. 1, Labor Unrest in the World-Economy, 1870–1990, S. 7-34.
- Statistisches Bundesamt (2005): Qualitätsbericht. Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung und -vermittlung. <https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet>
- /DEMonografie_derivate_00000836/Qualitaetsbericht.Arbeitsmarktstatistik.BA.2005.pdf;jsessionid=041D88A157FB37879E42338DE9EFB5E8
- Streeck, Wolfgang (22.5.2015): The strikes sweeping Germany are here to stay, in: the Guardian. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/may/22/strikes-sweeping-germany-here-to-stay>
- Tarrow, Sidney (1989): Democracy and Disorder: Protest and Politics in Italy 1965-1974. Oxford.
- Vandaele, Kurt (2014): Ende des Abwärtstrends? Zur Entwicklung des Streikvolumens in Westeuropa seit Beginn der Weltwirtschaftskrise, in: WSI-Mitteilungen 5/2014, S. 345-352.
- WSI (2016): WSI-Arbeitskampfbilanz 2015. Ein außergewöhnliches Streikjahr – Zwei Millionen Streiktage, ganz unterschiedliche Arbeitskämpfe fielen zusammen. http://www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2016_03_03.pdf
- WSI-Tarifarchiv (2015): Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2015. http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_4828.htm.
- Weber, Petra (2010): Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat; Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918 - 1933/39), München.
- WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2016): PRODAT - Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik. <https://www.wzb.eu/de/forschung/beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekte/prodat-dokument>